

Aufschlag

Liebe Conseniorinnen und Consenioren!

Dieses Heft ist in erster Linie der Nachlese unseres Pfingstseminars 2012 in Stuttgart-Hohenheim zum Seminarthema „Freiheit der Kunst“ gewidmet. Wie immer haben wir Studenten und junge Conseniorinnen und Consenioren gebeten, über ihre persönlichen Eindrücke von den Seminarvorträgen zu berichten. An dieser Stelle möchte ich noch einmal meinen besonderen Dank an die Helfer aus der LHG Hohenheim aussprechen, die uns bei den Vorbereitungen und den Veranstaltungen von Seminar und Esch-Preis-Verleihung hervorragend unterstützt haben. Großes Lob geht an Consenior Alexander Schopf, der als Landesvorsitzender der LHG Baden-Württemberg nicht nur während der gesamten Tagung anwesend war, sondern auch noch den wegen Krankheit verhinderten Leiter des Regionalbüros Stuttgart der Friedrich-Nau- mann-Stiftung für die Freiheit (FNS), Jochen Merkle, als Kooperationspartner für die Semindurchführung tatkräftig vertreten hat.

Einen weiteren Schwerpunkt in diesem Heft bilden Berichte aus örtlichen Hochschulgruppen, einschließlich Bericht über die Verleihung der Auszeichnung „Gruppe des Jahres“ an die LHG Mannheim im Rahmen der Bundesmitgliederversammlung des LHG Bundesverbandes, an der der VLA mit mehreren Präsidiumsmitgliedern teilgenommen hat. Bei meinen Besuchen in örtlichen liberalen Hochschulgruppen bin ich immer wieder beeindruckt vom Engagement der Studierenden für hochschulpolitische und



soziale Belange, und die Bereitschaft in studentischen und den Hochschulgremien mitzuwirken.

Schön, dass wir im Januar das 25jährige Jubiläum des LHG in Bonn feiern können. Dies ist ein Anlass zur Freude – nicht nur für LHG und VLA, sondern auch für die Freie Demokratische Partei. Bitte beachten Sie dazu die nachstehende Mitteilung. Ich freue mich, Sie dort wieder zu sehen und verbleibe mit den besten Wünschen zu den Festtagen

mit herzlichem Gruß
Ihr

Michael Daemgen

Die nächsten Termine:

- **19. Januar 2013: „Freiheit neu denken: 25 Jahre liberale Hochschulgruppen“** Die FDP-Bundestagsfraktion und der LHG-Bundesverband laden ein zum Fraktionsempfang am 19. Januar 2013 um 19:00 Uhr in Bonn im LVR-LandesMuseum Bonn, Colmantstraße 14-16, 53115 Bonn. Dabei wird als neues, weiteres Motiv der Kampagne „Freiheit neu denken“ vorgestellt: Karl-Hermann Flach. Interessierte VLA-Mitglieder können sich in der gemeinsamen LHG/VLA-Geschäftsstelle Berlin anmelden oder über Fax oder formlos per E-Mail: vla@liberale-akademiker.de
- **Pfingstseminar 2013** in Erfurt: „Ihr aber seid zur Freiheit berufen“

An: LHG/VLA Ackerstr. 3 b, 10115 Berlin

oder FAX: 0322-237 683 80

Anmeldung zum Festakt zum 25-jährigen Bestehen der LHG am Samstag, 19. Januar 2013 19:00 Uhr im LVR-LandesMuseum Bonn, Colmantstraße 14-16, 53115 Bonn.

Ich nehme teil. Ich nehme mit weiteren Person(en) teil.

Bitte in Blockschrift ausfüllen:

Name, Vorname: Ort:

Aufruf zum Sonderheft 2013

Liebe Conseniorinnen und Consenioren,

wie wir Sie in der letzten Ausgabe Liberale Perspektiven schon informierten, planen wir für das erste Quartal 2013 ein Sonderheft herauszugeben zum Thema:

"Gesellschaftliche Grundwerte liberalen Denkens".

Erste Autoren haben sich schon gemeldet und Texte liegen mir ebenfalls vor. Doch noch gibt es reichlich Zeit und Gelegenheit, mir Ihren Beitrag zuzusenden. Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2013. Sie sollten nicht mehr als 4000 bis 6000 Zeichen (inkl. möglicher Abbildungen, Tabellen Referenzen, etc.) verwenden.

Gesellschaftliche Grundwerte, zu denen Sie als Autor etwas schreiben könnten, wären „Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt“.

Die jeweiligen Arbeitsrichtungen könnten aus Fachgebieten wie Gesellschaft, Politik, Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Religions- und Kulturwissenschaft sowie Finanzmärkte aus betriebs- oder volkswirtschaftlicher Sicht sein.

Zu Ihrer Information: folgende Autoren haben ihre Bereitschaft etwas zu schreiben gezeigt: Prof. Dr. Klaus Allerbeck, Dr. Stephan Kuhnert, Pascale Mannert und Josephine Dietzsch.

Von Prof. Dr. Bernd Markert liegt mir zum Thema „Freiheit, Wahrheit und Christentum“ ein Beitrag vor und von Dr. Dr. h.c. Barthold C. Witte erhielt ich die Rede zur 45 Jahr-Feier der Theodor-Heuss-Akademie.

Ich freue mich über Ihren Beitrag; zur Abstimmung können Sie mich auch gerne anrufen.

Ihre
Brigitte Bremer (06173 3949630) oder brigittebremer@me.com

25 Jahre LHG – der VLA gratuliert herzlich

25 Jahre ist ein schönes Alter. Als Studentin oder Student hat man nach Erlangen der Hochschulreife erste Schritte ins Leben unternommen, sich (hoffentlich) vom Elternhaus abgenabelt, neue soziale Kontakte geschaffen, erste Erfolge im Studium erzielt und vielleicht schon den ersten akademischen Abschluss erreicht. Freundschaften, die in diesem Lebensabschnitt geschlossen werden, halten meist ein Leben lang. Mit 25 ist die körperliche Leistungsfähigkeit auf dem Höhepunkt. Alles ist möglich, auch bei Rückschlägen ist genügend Kraft vorhanden für deren Überwindung. Ich möchte noch mal 25 sein ...

Der Bundesverband der liberalen Hochschulgruppen, LHG, gegründet am 17. Dezember 1987 in Köln, ist nun 25 und in außerordentlich guter, vitaler Verfassung. An der Basis in den örtlichen liberalen Hochschulgruppen finden sich erfreulicherweise immer wieder Studentinnen und Studenten, die ihre Verantwortung zur Mitwirkung in den Hochschulgremien wahrnehmen, sich im politischen Raum für liberale Hochschul- und Sozialgesetzgebung einsetzen und auch ihre Kommilitonen für staatsbürgerliches Engagement begeistern. Manchmal ist die Fluktuation „vor Ort“ groß, da es keine hauptamtlichen Funktionäre gibt, sondern das persönliche Ziel ja Abschluss des Studiums und Eintritt ins Berufsleben ist. Die Anzahl der Gruppen hat aber insgesamt noch zugenommen, wegen erfolgreicher „Wiederbelebungen“ und sogar Neugründungen an weiteren neuen Standorten.

Dies ist auch dem LHG Bundesvorstand zu verdanken, der wegen der Eigenständigkeit der „liberalen und unabhängigen Studierenden“ in den örtlichen Gruppen sich ständig vor neue Herausforderungen gestellt sieht. Als Klammer soll dabei „die Idee des politischen Liberalismus“ wirken. Auch im Umgang mit der liberalen Partei als politischer Ansprechpartner und der FDP-Bundestagsfraktion sowie mit den Medien hat der Bundesvorstand - wie schon die Vorgänger im Amt - großes Geschick bewiesen.

Im Rückblick ist der LHG Bundesverband der nun mit Abstand am längsten bestehende liberale Studierendenverband seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

- Der Liberale Studentenbund Deutschland, LSD war 19 Jahre (von 1950 bis 1969) offizieller Hochschulverband der FDP. Im Auftrag des Verbandes liberaler Akademiker, VLA, wurde 2001 das Buch „Einsatz für Freiheit und Demokratie“ herausgegeben, das beim VLA erhältlich ist. Schließlich wurde der VLA von der ersten Generation der LSD Mitglieder 1955 gegründet.
- Der Liberale Hochschulverband, LHV, war 10 Jahre (von 1972 bis 1982) der Studentenverband der FDP.

Die Trennung von der FDP hing in beiden Fällen nicht nur von Entwicklungen innerhalb der Studentenverbände ab, sondern ging einher mit einschneidenden Veränderungen in der FDP, nämlich der Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 und deren Beendigung 1982.

- Die „Deutsche Studenten Union“, DSU, von 1968, die später (1973) in „Sozialliberaler Hochschulverband“, SLH, umbenannt wurde, galt zuletzt als der FDP nahestehend. Einige SLH-Mitgliedsgruppen beteiligten sich bei Gründung der LHG im Dezember 1987.
- An der RWTH Aachen trat die allgemeine Fachschaftsliste, ALFA, bei den studentischen Wahlen 1973 erfolgreich als „ALFA/liberale Hochschulgruppe“ auf und war danach mehrere Jahre stärkste Kraft als ALFA/SLH.

Der VLA ist stolz darauf, aus allen Vorgängerorganisationen Mitglieder in seinen Reihen zu haben. Wir freuen uns auf weiterhin zahlreiche Beitritte der LHG Studenten.

Jedes Mitglied der Liberalen Hochschulgruppen, insbesondere in Leitungsfunktionen „vor Ort“, in Landesverbänden oder im Bundesvorstand wollen wir ermutigen und unterstützen, die Ziele liberaler Bildungspolitik durch aktives Beispiel vorzuleben:

- Selbstbestimmung des Einzelnen,
- individuelle Leistungsentfaltung,
- demokratisches Handeln.

In diesem Sinne: Ad multos annos!

Michael Daemgen

Nachlese VLA Pfingst-Seminar 2012

Grußwort

von Johannes Schmalzl, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart zum Convent und Pfingstseminar 2012 des Verbands Liberaler Akademiker

Sehr geehrter, lieber Präses Daemgen,
sehr geehrte Conseniorinnen und Consenioren des VLA,

da ich zeitgleich an diesem Freitag Abend anderweitig „schaffen“ darf, wie der Schwabe sagt - ich darf für das Land in Kornwestheim Ehrennadeln für Verdienste um die Heimatpflege verleihen - übermittle ich Ihnen auf diesem Wege meine Grüße, zumal ich über Pfingsten in Brüssel bin und mein Grußwort auch nicht nachreichen kann.

Es ist schön, dass Sie sich zum diesjährigen Pfingstseminar und Convent in der baden-württembergischen Landeshauptstadt verabredet haben. Schließlich wurde das Land am 25. April 60 Jahre alt, für uns in Baden-Württemberg ein guter Grund, das ganze Jahr über zu feiern. Die Geburt unseres jungen Bundeslandes war alles andere als leicht. Unser erster Ministerpräsident Reinhold Maier, der, wie hoffentlich alle wissen, ein Liberaler war, musste nach der erfolgreichen Abstimmung der verfassungsgebenden Landesversammlung seinen Ausruf „Gott schütze unser Land“ mehrmals wiederholen, da sein Satz immer wieder von den tumultartigen Zwischenrufen aus Südbaden übertönt wurde.

Heute, sechzig Jahre danach, sind Schwaben wie Nord- und Südbadener, Franken, Kurpfälzer und Hohenzollern, gottfroh, dass die ehemals drei Südwestländer Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, zu einem großen und starken Bundesland Baden-Württemberg vereint wurden. Wäre diese Gründung damals tatsächlich am südbadischen Widerstand gescheitert, gäbe es heute garantiert im Länderfinanzausgleich zwei Nehmerländer mehr. Aber warum folgen diesem positiven Beispiel nicht mehr andere Länder? Es stimmt schon nachdenklich, dass „mein“ Regierungsbezirk Nordwürttemberg, der sich von Stuttgart bis hoch an den Main bei Wertheim und im Osten bis an die bayerische Landes-

grenze erstreckt, inzwischen von der Einwohnerzahl her größer ist als elf (!) von 16 Bundesländern. Rheinland-Pfalz haben wir schon längst hinter uns gelassen, gerade überholen wir die Sachsen.

Wir Baden-Württemberger lieben unser Land heute sehr, ein „gesegnetes Land“, wie es unser neuer Bundespräsident bei seinem Antrittsbesuch kürzlich gepriesen hat. Da wir bekanntlich alles können außer Hochdeutsch, verwundert es auch nicht, dass wir in den vergangenen sechs Jahrzehnten die Weichen richtig gestellt haben. Bekanntlich ist Baden-Württemberg nicht nur wirtschaftlich sehr erfolgreich, es ist vor allem auch die innovativste Region Europas. Nirgendwo in Europa wird so viel in die Forschung investiert wie hier. Und das gilt nicht nur für die großen global tätigen Unternehmen wie Daimler oder Bosch, sondern auch für unseren Mittelstand. Unser Präses weiss, von was ich spreche. Als Regierungspräsident bin ich auch für das Patentwesen im Land zuständig - und diese Zuständigkeit hat uns immer wieder zusammengebracht.

Die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg ist dezentral geprägt. Neben unseren Traditionsuniversitäten von Weltruf in Heidelberg, Tübingen und Freiburg sind viele neue Universitäten und Hochschulen entstanden. Diese Hochschulichte ist ebenfalls im innerdeutschen oder europäischen Vergleich ohnegleichen.

Deshalb freue ich mich sehr, dass die Liberalen Akademiker dieses Jahr in Stuttgart zu Gast sind - in der Hauptstadt des Hochschullandes Nummer 1 in Deutschland - und manche von Ihnen vielleicht zurück in dem Land, in dem sie einst studiert haben.

Und dieses Land hat auch in Sachen Kunst und Kultur allerhand zu bieten. Nicht nur die beste Oper in Deutschland, auch eine beeindruckende Museumslandschaft. Insbesondere großartige private Kunstmuseen sind in den vergangenen Jahren entstanden, zum Beispiel das Museum Frieder Burda in Baden-Baden oder die Kunstsammlung Würth in Schwäbisch-Hall. Der richtige Ort also, um über die Freiheit der Kunst zu sinnieren.

Ich freue mich auch, dass ich Sie als liberaler Regierungspräsident im inzwischen fünften Amtsjahr begrüßen darf. Auch die neue grünrote Landesregierung hat mich nach einigem Hin und Her im Amt belassen, was bei einem politischen Beamten, der jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann, nicht selbstverständlich ist. Aber ganz im Sinne der südwestliberalen Graswurzeldemokratie unseres Reinhold Maier haben viele Kommunalpolitiker aus dem Land parteiübergreifend mit un-

zähligen Briefen den Ministerpräsidenten am Ende umgestimmt. Leicht fiel diese Entscheidung dem grünen Regierungspartner bei der strategischen Bedeutung des Stuttgarter Regierungspräsidiums nicht. Aber so ist mein Verbleib im Amt dann vielleicht doch auch ein Zeichen für liberale Zuversicht!

Meine Verbundenheit mit dem VLA unterstreiche ich gerne. Meine aktive Zeit im LHG-Bundeschvorstand von 1988 bis 1990 möchte ich niemals missen. Die deutsche Wiedervereinigung durfte ich hautnah begleiten und als Pressesprecher im ersten gesamtdeutschen Bundeschvorstand mitwirken. Noch heute bekomme ich eine Gänsehaut, wenn ich die Bilder von damals vor Augen habe.

Nunmehr wünsche ich Ihnen ergebnisreiche und vergnügliche Tage in Stuttgart!

Ihr
Johannes Schmalzl

Berichte zu den Referaten des Pfingstseminars 2012 „Freiheit der Kunst“

Zum Referat von Dr. Ilonka Czerny, Akademiereferentin

„Die Gruppe SPUR (1957 – 1965) und der SPUR-Prozess – Künstler-Aktionen außerhalb gängiger Normen und Tradition“

In ihrem Referat stellte Frau Czerny das Werk und das Wirken der Künstlergruppe SPUR vor, zu der sie auch ihre Dissertation verfasst hat. Die SPUR wurde im Jahr 1957 von mehreren jungen Künstlern aus München gegründet, die mit der Situation der Bildenden Kunst sowohl an der dortigen Akademie der Bildenden Künste als auch in der Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen nicht zufrieden waren. Die Zusammensetzung der Gruppe war bis zu ihrem Ende im Jahr 1965 kleineren Wechseln unterworfen, besaß aber einen festen Kern, der aus den vier Künstlern Lothar Fischer, Helmut Sturm, Heimrad Prem und Hans Peter (HP) Zimmer bestand. Ihre Mit-

glieder waren Gründungsmitglieder der Situationistischen Internationalen, einer linksradikal orientierte Gruppe europäischer Künstler und Intellektueller, die vor allem in den 1960er Jahren aktiv war. Die Situationisten beeinflussten die politische Linke und die internationale Kunstszene. Ihre künstlerische Zielsetzung bestand darin, sich von gewohnten Lebensumständen und -gewohnheiten zu lösen und eine neue, humanere Urbanität zu erreichen. Um die politische Ausrichtung der SPUR stärker zu konturieren, mag der Hinweis hilfreich sein, dass laut Czerny das Gruppenmitglied Dieter Kunzelmann, Mitbe-

gründer der Kommune I, vorübergehend „das politische Zugpferd gewesen“ sei.

Mitte der 1960er Jahre fusionierte die SPUR mit einer anderen Münchner Gruppe. Inhaltliche Differenzen führten dazu, dass die führenden Köpfe der SPUR kurz darauf aus der so entstandenen Gruppe GEFLECHT ausschieden. In den Jahren ihres Bestehens durchlief die Gruppe verschiedene künstlerische Phasen. In ihnen setzten sich die Künstler durchgehend mit gesellschaftlichen Prozessen auseinander und griffen die kritisierten Punkte in ihren Bildern ebenso auf wie in ihren theoretischen Arbeiten, vor allem ihrer eigenen Zeitschrift SPUR. Einzelne, als gotteslästerlich und pornographisch eingestufte Beiträge aus dieser Zeitschrift führten dazu, dass die Gruppe in den Jahren nach 1962 vor Gericht stand, bis 1974 das Bundesverfassungsgericht vier Mitglieder schuldig sprach und die

Gruppe für München ein Ausstellungsverbot ausgesprochen erhielt.

Die Gruppe setzte stark auf das Mittel der Provokation, um Kunst und Politik zusammenzubringen; Czerny urteilt jedoch, dass die Gruppe durch ihre Verengung auf Provokation mit „Gaudi“ eine Vorgehensweise wählte, die von Zeitgenossen entweder nicht verstanden oder missverstanden wurde. In der Phase ihrer aktiven Arbeit wurde die Gruppe stark wahrgenommen (wie der Gotteslästerungsprozess zeigt). Im Gegensatz zu ihrem künstlerischen Wirken im engeren Sinne, das Czerny als sehr wichtig für die deutsche Kunstgeschichte einstuft, urteilt sie aber über die politische Arbeit der Gruppe, dass sie auch in Folge ihrer damals gewählten Mittel noch nicht den ihrer Bedeutung entsprechenden Platz eingenommen habe.

Pascale Mannert

Zum Referat von Werner Schretzmeier

„Künstlerische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Eigenständigkeit – bei Staatskultur und Freier Kultur“

Werner Schretzmeier war 1985 Mitbegründer des Theaterhauses in Stuttgart. Das Haus ist laut Schretzmeier eine Antwort auf das, was viele von uns im Alltag fühlen, denken und wonach sie handeln. Im kulturellen Bereich gebe es ungeheuer viele Dinge zu entdecken: Eine Monotonie von Kunst- oder Kulturgebrauch war schon lange vorhanden: Menschen die NUR klassische Musik hören, oder NUR Oper. Es gebe daneben aber auch viele, die gerne eine Oper hören, aber ebenso gerne mal eine Komödie sehen möchten oder populäre Musik hören. Mit dem Theaterhaus sei es gelungen, diesen Menschen ein Angebot zu bieten. Dabei verstehe er die Begrifflichkeit Haus als Einladung. Ein Haus beherberge unterschiedliche Menschen, sei Synonym für unterschiedliche Strukturen. Dies sei eine Verbindung, die nicht zufällig daher komme, sondern eine Wertigkeit setze.

Die Gründung des Theaterhauses würde heute als bürgerliche Unternehmung bezeichnet werden. Die Gründer waren überzeugt, etwas zu beginnen, was viele Menschen interessiere. Die Gründung wurde von damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister, trotz politisch

unterschiedlicher Ansichten, unterstützt und im weiteren Verlauf begleitet.

Heute bietet das Theaterhaus Tanz und Schauspiel mit jeweils eigenem Ensemble und verfügt über 2000 Plätze in vier Sälen, zudem noch eine Sporthalle. Schretzmeier selbst war in den 60er Jahren in der zweiten Fußball-Amateurliga; auch eine Sporthalle ist Teil der Konzeption. Menschen sollen so sportlich an das Theater herangeführt, ohne ihr eigentliches Milieu verlassen zu müssen. Jazz und Kabarett werden dort ebenfalls intensiv gepflegt. Aufgrund der guten Akustik erlaube die Halle zudem Musik bis hin zum großen klassischen Orchester.

Schretzmeier inszeniere auch selbst, habe das Regiehandwerk gelernt. Die Programmstruktur heute unterscheide sich von Umfang und Inhalt nicht wesentlich vom ersten Programm im Februar 1968. Mit über 300.000 Besuchern jährlich gehört es zu den großen Theaterhäusern Deutschland und zähle zu dem bestbesuchten oberen Drittel in Europa. Nach einer Erhebung von 2008/09 von Kulturwissenschaftlern aus Bremen und Düssel-

dorf sei das Haus in der europäischen Kulturlandschaft ein Unikat.

Mit der Belegschaft des Theaterhauses besteht ein Konsens, nicht mehr als ein Drittel des gesamten Etats für die Entlohnung aufzuwenden. So ist eine nachhaltige Preispolitik möglich und die Eintrittskarten kosten durchschnittlich unter 20 Euro. Ziel sei es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, nicht nur einmal Jahr ins Theater gehen zu können, sondern zweimal im Monat. Es werde eine „hohe Identität zwischen den Konsumenten und dem Haus hergestellt“, so Schretzmeier. Über zwei Drittel der Besucher kommen aus Städten außerhalb Stuttgarts, von Pforzheim bis Ulm.

Hervorgehoben wird zudem das breite Angebot. So kann in der einen Halle ein Gothic-Konzert stattfinden, während im anderen Saal nebenan ein klassisches Theater aufgeführt wird. Hierzu Schretzmeier: „Die Leute da drin

sind garantiert ganz selten zusammen gekommen. Im Foyer treffen die sich und es funktioniert. Das ist großartig. Die Jungen schauen erst mal, wo sind wir hier und die andere Seite auch.“ Neben dem kulturellen Angebot werde so versucht, unterschiedliche Menschen zusammen zu bringen und Verständnis zu schaffen.

Zuletzt ging Herr Schretzmeier noch auf Kunst als Begrifflichkeit ein. Freiheit und Kunst sind bei ihm deckungsgleich. Kunst ohne Freiheit könne es nicht geben, „Kunst muss immer sehr weit weg von den Mächtigen sein.“ Das Theaterhaus selbst habe stets versucht, eine Nähe zur Macht zu meiden. Hilfe von öffentlicher Hand wurde nur in absoluten Notfällen angenommen. So gebe das Theaterhaus mehr an den Staat zurück als es selbst an Förderung erhalte.

Mihael Duran

Kulturpolitik

Mit Politik kann man keine Kultur machen, vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.

Theodor Heuss

Kunst

Kunst ist schön. Macht aber viel Arbeit.

Karl Valentin

Kunstmarkt

Die Öffentlichkeit sieht gar nicht die Bilder, sondern nur die hohen Preise. Sie schätzt die Rarität, nicht die künstlerische Wirkung. Die unbehagliche Seite dabei ist allerdings, dass so ein Preis unanständig und irrsinnig ist, genauso wie das aktuelle Geldgeschehen, die sogenannte Finanzkrise.

Gerhard Richter

Künstler

Man muss den Künstlern gegenüber, wenn es wirkliche Künstler sind, Verzeihung üben und fünf gerade sein lassen, aber ihre Mischung von Blödsinn, Sittenfrechheit und Arroganz auch noch zu feiern, ist mir widerwärtig.

Theodor Fontane

In der Kunst ist Selbstbefriedigung sehr fruchtbar. Leider!

Gabriel Laub

Kunst ist, wenn man's nicht kann, denn wenn man's kann, ist's keine Kunst.

Johann Nestroy

Wir danken Consenior Peter Juling für die Zusammenstellung der Zitate.

Zum Referat von Dr. Christiane Schnell

„Kunst zwischen Freiheit und sozialer Unsicherheit“

„Die Kunst ist die Tochter der Freiheit“
(Friedrich von Schiller)

„Kunst ist zwar nicht Brot, aber Wein des Lebens“
(Jean Paul)

Am 27. Mai 2012 hörten der Verband Liberaler Akademiker und die Liberalen Hochschulgruppen auf dem Pfingstseminar in Stuttgart-Hohenheim einen Vortrag von Dr. Christiane Schnell vom bekannten Institut für Sozialforschung der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main. Sie verstand es, das in den obigen Zitaten angedeutete Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch unabhängiger Kunst und den Risiken und Bedrängnissen des Alltags anhand eines zeitgeschichtlichen Exkurses und empirischer Erhebungen zur sozialen Lage – vornehmlich freier Künstler – zu skizzieren. Die Ursprünge des speziellen deutschen Verhältnisses von Wohlfahrtsstaat und Kultur suchte sie in den Ideen der „freien Kunst“, die aus dem romantischen Subjektivismus sowie des affirmativen Kunstbegriffes der bürgerlich-industriellen Gesellschaft hervorgegangen sind. Kunst und Kultur wurden in erster Linie als Refugium für unverfälschte Subjektivität wahrgenommen, womit sie als „Opus liberale“ keinen Marktpreis kennen sollten. Sie blieben somit weit in die Industriemoderne hinein eine Nische und somit ausgenommen von den Vorzügen des beginnenden Wohlfahrtsstaates, der sich weiterhin für die Wohlfahrt der Arbeits- nicht aber der nach damaliger Ansicht davon getrennten Künstlerwelt verantwortlich fühlte.

Bis in die 1970er Jahre herrschte daher zunächst das (zeitweilig auch staatlich organisierte) Mäzenatentum als finanzielle Quelle für Künstler vor, das durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen der sozial-liberalen Koalition abgelöst werden sollte. Frau Dr. Schnell zeigte auf, dass diese Phase zwei bis heute andauernde Phänomene hervorbrachte: Zum einen wurden Künstler erstmals Gegenstand der (Sozial-)Politik, was sich bspw. in der Gründung der Künstler-Enquetekommission oder in der Einführung der Künstlersozialversicherung und weiterer sozialstaatlicher Instrumente äußerte. Zum anderen stieg die Nachfrage nach künstlerischen und publizisti-

schen Leistungen in der Gesellschaft stetig an, was an dem Erstarren der Musikbranche in dieser Zeit gemessen werden kann. Die Reaktion vieler Künstler war das Anmahnen, nicht durch eine „Vermarktung“ der Kunst, aber auch nicht durch die Vereinnahmung durch den Staat die „künstlerische Freiheit“ zu verlieren.

Christoph Charle nannte dies die Kompromisslosigkeit individualistischer Werte und unterstrich damit die Auffassung des Künstlers als Intellektuelle, die ihre Privilegien in den Kapitalismus nicht herüberretten konnten. Welche Folgen, welche Ansprüche leiten sich aus diesem Verständnis von heutiger Kunst und Künstlern ab? So erklärte Frau Dr. Schnell daraus die Notwendigkeit, sich frühzeitig überfachliche Kompetenzen aneignen zu müssen, aber auch fluide, alternative, subkulturelle Organisationsformen für die eigene Kunstperformanz zu entwickeln. Denn neben der weiterhin wichtigen öffentlichen Kunstförderung setzt sich zunehmend das Modell der Projektförderung durch, aber auch immer weiter public-private-partnerships. Hierin sieht sie für Künstler eine besondere Herausforderung, da diese nun sowohl dem öffentlichen als auch dem privaten Mittelgeber gerecht werden müssen und nun im Zweifelsfall eine starke Einschränkung der eigenen Intention beim Kunstwerk in Kauf genommen werden muss.

Neben der beruflichen Einengung verwies Frau Dr. Schnell auch auf die sozialen Veränderungen unter Künstlern. Die staatlich wie nicht-staatliche Kunstöffentlichkeit entscheidet bei ihren Förderentscheidungen seit den 1970er Jahren zunehmend nach den erwartbaren Besucherzahlen, der Medienplatzierung und ganz allgemein den Verkaufszahlen. Das habe auch Auswirkungen auf die Beständigkeit und soziale Verfasstheit von Netzwerken: So sprach sie – aus soziologischer Sicht – von

Künstlersolidaritäten auf Zeit und einer immer mehr erforderlichen Differenzierung zwischen professionellen Kontakten und persönlichen Freundschaften.

Den gegenwärtigen Entwicklungen in der bundesdeutschen Politik hinsichtlich dieser Probleme stand Frau Dr. Schnell skeptisch gegenüber. Zwar wurde jüngst eine Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2003-2007) einberufen, die sich auch mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler befasste. Der Kommission fehlte jedoch mangels eigener Erhebungen eine empirische Grundlage; so folgten lediglich Handlungsvorschläge, die sich auf die Künstlersozialversicherung, der Regelungen zur „Arbeitslosigkeit“ und den Kriterien der Kunstförderung bezogen, dabei aber keine wesentlich neuen Lösungsvorschläge hervorbrachten.

Daher blieb auch dieses Thema der hauptsächliche Gegenstand der folgenden Diskussion – abgesehen von einigen Einwüfen poetischer Natur von Consenior Juling. Ein Vorschlag aus dieser Diskussion soll hier noch einmal Erwähnung finden: Conseniorin Bremer stellte mit Seitenblick auf Lösungsansätze der gegenwärtigen Krise die Forderung nach einer Art „Transfersteuer“ auf, die eine Umlage zwischen monetär erfolgreichen und weniger bemittelten Künstlern fungieren sollte.

Für die umfassende und empirisch fundierte Darstellung der alltäglichen Dimension, aber auch der zeitgeschichtlichen und politischen Tragweite dieser Problematik bedankten und bedanken sich nochmals der VLA und die LHG bei Frau Dr. Schnell.

Marcel von Volland

Zum Referat von Tobias Daemgen

Kunst als Freiheit zur Selbstbeschränkung / Über das Arbeiten in fließenden Systemen

Der junge Künstler Tobias Daemgen ging in seinem Vortrag auf die Frage ein, wie man ein Gespräch über die Kunst der Freiheit anregen kann. Ein Künstler muss in seinen Augen gute Kunst machen, um Publikum zu finden und seine Kunst ist gut, wenn er dies tut. Jeder gute Künstler erfindet mit seiner Kunst aber auch gleichzeitig einen eigenen Markt, was die Sache kompliziert macht. Während traditionelle Maler ihren Markt in Galerien finden können und Musiker in Ensembles, stehen Aktions- und Multimedia-künstler zwischen den klassischen Disziplinen jedoch einem recht undefinierten Konsumentenkreis gegenüber, der sich erst in der individuellen Interaktion mit den kulturellen Institutionen und Möglichkeiten entwickelt.

Tobias Daemgen engagiert sich in einer Künstlergruppe, die sich RaumZeitPiraten nennt und auf verschiedensten Kunstfeldern tätig ist. Sie manövrieren bewusst zwischen

den darstellenden, bildenden und akustischen Künsten und streben symbiotische Verhältnisse mit ständig wechselnden Umgebungen und Situationen an. Die Spanne reicht dabei z.B. von einem recht straff, hierarchisch organisierten Betrieb wie einem Opernhaus über den egozentrischen Galeriebesitzer bis hin zur liebevoll chaotisch organisierten Crew eines Kulturturhochseeschiffs. Genauso vielfältig und unkalkulierbar sind da auch das Publikum und die Entlohnung der Kunst. An dieser Stelle betont der Künstler, dass er zwar von seiner Kunst seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann, aber zum Beispiel nur schwer eine Familie ernähren könnte, weil er immer in verschiedenen Projekten tätig ist, was einer regelmäßigen Bezahlung im Wege steht. Das Fehlen fester, dauerhafter Strukturen sorgt aber auch für eine permanente Steigerung des Improvisationsvermögens in künstlerischem Ausdruck und sozialem Umgang.

Im Kontrast zum weit verbreiteten, egozentrisch schaffenden Einzelkünstler entwickelt die kreative Arbeit im gleichberechtigt kommunizierenden Kollektiv eine die individuellen Prozesse übersteigende Dynamik. Anschließend zeigt er einige Bildbeispiele und erläutert diese. Das Prinzip der neuen Medien vom nicht nur rezipierenden Betrachter zum Mitschaffer und -diskutanten möchte er auch mit seiner Kunst angewandt wissen. In vielen Museen ist es möglich, die von ihm kreierten Installationen weiterzu-

entwickeln. Die meisten Benutzer verharren aber noch in ihren alten Verhaltensmustern und bleiben Konsumenten, statt freie Akteure zu werden, was nicht zuletzt auch in unseren Schulen immer noch antrainiert wird. Dies zeigt sich auch in der anschließenden Diskussion, in der ein Schwerpunkt auf der (auch am Ende nicht beantworteten) Frage lag, wie der Wert einer nicht beständigen Installation bemessen und gemessen werden kann.

Ingrid Kobieter

Aus den Hochschulgruppen

LHG Mannheim Liberale Studentengruppe 2012

Zum 20. Gründungsjubiläum des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen am 17. Dezember 2007 hatte der VLA ein besonderes Geschenk: Er stiftete, abgesegnet durch den VLA-Convent in Leipzig, die Auszeichnung „Liberale Studentengruppe des Jahres“ und stattete sie – Ruhm allein reicht für aktive Hochschulpolitik leider nicht aus – mit einer Geldzuwendung von 250 Euro und Sachpreisen in Form von Seminargutscheinen aus.

Fünf Jahre später wurde die Auszeichnung schon zum sechsten Male vergeben, turnusgemäß auf der Sommer-Bundesmitgliederversammlung des LHG am 23. Juni 2012 in Würzburg. Wieder ist Jubiläumswort für den LHG-Bundesverband, und somit erhielten alle am Wettbewerb teilnehmenden Gruppen eine kleine Anerkennung für die Gruppenkasse von jeweils 25 Euro. Auch die Resonanz auf die Preisausschreibung war jubiläumswürdig: Sieben Gruppen beteiligten sich am Wettbewerb, so viele, wie in keinem der vorangegangenen Jahre, in denen sich die Teilnehmerzahl zwischen einer und fünf Gruppen bewegte.

Erfreulich war die Qualität der Bewerbungen: Alle Gruppen konnten auf vielfältige Aktivitäten und Erfolge verweisen. Die Gruppe FU Berlin bewahrt tapfer liberale Grundsätze an einer Hochschule, an der bei den Studenten die „Linke“ die politische Mitte bildet (!!!). Die Düsseldorfer LHG ist nach mageren Zeiten wieder im

Aufbau begriffen und kann erste Erfolge erzielen, während Frankfurt am Main mit einer Mischung aus Hochschul- und Allgemeinpolitik punktet. Punktsieger in Sachen Wahlerfolge ist nach wie vor der Liberale Campus Frankfurt/Oder, der in den letzten Jahren konstant den 1. Platz bei den studentischen Wahlen belegt. Die Gruppe Mannheim betreibt mit vielerlei politischen (Diskussions)-Veranstaltungen eine sehr offensive Öffentlichkeitsarbeit, die ULI/LHG Trier bildet aktive Netzwerke mit allen liberalen Kräften an der Universität und in der Stadt. Last, but not least, ist auch die LHG Würzburg trotz restriktiver gesetzlicher Mitwirkungsmöglichkeiten immer vorn dabei, wenn es um die Vertretung studentischer Anliegen geht.

Die mehrheitlich neu im Amt befindliche Jury hatte also keine leichte Aufgabe, aus den Bewerbungen die beste herauszufinden. Die Entscheidung fiel im Ergebnis nicht gegen gute Gruppenarbeit sechser Teilnehmer, sondern für das Quäntchen Extraklasse der Siegergruppe. Wie eng die meisten Gruppen beieinander waren, zeigen die Einzelbewertungen der Juror(inne)n: Fast alle Teilnehmer wurden mindestens einmal unter die besten drei gesetzt.

Die Auszeichnung „Liberale Studentengruppe des Jahres“ wurde 2012 der Gruppe LHG Mannheim zuerkannt, die in der Kombination von beachtlichen Wahlergebnissen, Arbeit an der Hochschule und in der liberalen Familie

Mannheims sowie der offensivsten Öffentlichkeitsarbeit aller Teilnehmergruppen das Preis-Komitee am stärksten zu überzeugen vermochte und die beiden Frankfurter Gruppen sowie die anderen Teilnehmer auf die Plätze verwies. Aber auch das Engagement dieser LHG-Gruppen wurde mit Seminargutscheinen gewürdigt, die anlässlich der Preisverleihung im Rahmen einer abendlichen Festveranstaltung im Würzburger Juliuspital übergeben wurden.

Der VLA dankt allen Teilnehmergruppen und freut sich auf eine ebenso rege Beteiligung am Wettbewerb und bei der Preisverleihung im Jahr 2013, die während des VLA-Pfingstseminars vom 17. bis 20. Mai 2013 in Erfurt stattfinden wird.

Steffen Glöckler
Vorsitzender der Jury

Befreit die Universitäten!

Vor 10 Jahren wurde der Bologna-Prozess umgesetzt. Die Kritik an dieser Reform von Seiten der Studenten, Verbänden und Verantwortlichen der Hochschulen ist scharf. Vor allem die Überlastung durch den dreijährigen Bachelor, der enorme Leistungsdruck und die fehlende Möglichkeit zur individuellen Entfaltung während des Studiums werden beklagt. Die Kritiker liegen weitestgehend richtig und doch erkennen sie nicht das Grundproblem, nämlich dass eine zentrale Entscheidung nie effizient und optimal für die Ausbildung junger Studenten sein kann. Stattdessen übertrumpfen sich genau diese Kritiker in ebenso paternalistischen Alternativlösungen. Dabei kommt es oft zu gegenseitigen Vorwürfen, da die Debatte hochgradig emotionalisiert ist. Die entworfenen Konzepte sollen für ganz Deutschland, am besten ganz Europa, gelten. Vergessen wird, dass uns alle ein Ziel eint: Jedem Studenten ein möglichst ideales Studium zu ermöglichen.

Ein gutes Studium basiert auf zwei Grundpfeilern: Relevanten Lehrinhalten und effizienten Lehrmethoden. Einerseits soll der Student optimal auf den Berufsalltag vorbereitet werden, andererseits müssen ihm auch gerade während des Studiums Methoden zur Wissensspeicherung beigebracht werden. Das vermittelte Wissen sollte praktischen Nutzen haben und sich deshalb automatisch verfestigen, da es stets angewandt und gebraucht wird. Das Wissen muss anderen Menschen dienen, sodass diese später bereit sind für den Einsatz des Wissens zu bezahlen und der Absolvent seinen Lebensunterhalt verdienen kann. Effiziente Lehrme-

thoden dagegen sind Strategien, bei denen mit möglichst wenig Aufwand (Input) das benötigte Wissen und Methoden vermittelt werden kann. Nur kostenminimierende Universitäten können niedrige Studiengebühren erheben und haben mehr Ressourcen für die Forschung, also die Maximierung des Output, übrig.

Dies ist nur eine vage Vorstellung optimaler Lehrinhalte und –methoden, weil es unmöglich ist, diese allgemeingültig zu konkretisieren. >>Was<< genau ein Philosoph, Ökonom oder Physiker lernen muss, kann nur der Marktnachfrage überlassen sein. Dieses >>Was<< wird von Student zu Student, Ort zu Ort und Kundschaft zu Kundschaft unterschiedlich sein, da angehende Studenten unterschiedliche Qualifikationen besitzen und an verschiedenen Orten verschiedene Kundschaften andere Dinge verlangen. Es ist schier unmöglich, soviel Wissen zu haben, um die Lehrinhalte für ein Bundesland, einen Nationalstaat oder gar ganz Europa festzulegen. Immer wird ein einziger Plan für die meisten Studenten unpassend sein. Es müsste zu einer maximal möglichen Ausprägung an individuellem Bezug kommen. Natürlich muss dabei die Art der Wissensvermittlung dezentral und für kleine Gruppen von Studenten ermittelt werden, da einige beispielsweise besser durch E-Learning und andere besser durch Frontalunterricht lernen können.

Ein Hauptargument für die Beibehaltung des staatlichen Monopols ist die irrtümliche Annahme, dass der Staat, in dem Falle das Bundesland, ein neutrales Gebilde ist, das mit der Finanzierung der Universitäten keine eigenen

Sonderinteressen verfolgt. Sehr deutlich widerlegte dies der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, der als Reaktion auf Hans-Werner Sinns Berechnungen, dass ein Austritt Griechenlands dem deutschen Steuerzahler günstiger kommen würde, ihn daran erinnerte, dass vom „Steuerzahler subventionierte Institute“ eine besondere Verantwortung tragen.

Er suggerierte damit, dass staatlich finanzierte Professoren und auch Studenten die Interessen der Regierung vertreten sollen. Neben dieser staatlichen Manipulation besteht jedoch die eigentliche Tragik darin, dass viel Kapital verschwendet wird, da das Hochschulsystem ineffizient ist. Der Staat als unnatürlicher Monopolist hat kein Interesse die Wünsche seiner Kunden optimal zu befriedigen, weil er über gesicherte Einnahmen durch Steuern verfügt.

Aus dieser Misere gibt es nur eine Lösung, nämlich die komplette Privatisierung und Entpolitisierung der Hochschullandschaft. Jede Universität muss privatisiert und dem Eigentümer die vollen Entscheidungsrechte gewährleistet werden. Sicherlich vertreten die Eigentümer auch ihre Interessen, aber im Gegensatz zum Monopolisten Staat stehen diese im Wettbewerb und müssen auf eine neutrale Bildung Acht geben. Studenten würden sonst einfach den Anbieter wechseln. Außerdem tragen viele die Befürchtung, dass es dann zu Tausenden Ausgestaltungen von Fächern käme. Dies ist überhaupt nicht zu erwarten, da die Studenten daran interessiert sind, nach dem Abschluss möglichst überall einsetzbar zu sein. Es gäbe zwar aller Wahrscheinlichkeit nach eine stärkere Differenzierung, als das im jetzigen staatsmonopolistischen System der Fall ist, jedoch ist dies eher als Zugewinn zu sehen. Ein ideales Studium muss auf den Studenten zugeschnitten sein. Lehrinhalte würden durch Kooperation der Bildungsanbieter und restlichen Unternehmen optimal an der Nachfrage des Marktes – also allen Menschen – ausgerichtet sein. Außerdem wären gewinnorientierte Universitäten nicht in der Lage bei den Studenten maßlos zu sparen, da sie sich im Wettbewerb befinden und somit Gewinne reinvestiert werden müssen.

Ein immer wiederkehrender Vorwurf ist, dass in einer privatisierten Hochschullandschaft Kinder

aus sozial schwachen Haushalten keine Chance auf ein erfolgreiches Studium hätten. Reiche Kinder wären bevorzugt, da sie auf die besten und teuersten Universitäten könnten. Sicherlich haben Eltern aus wohlhabenden Elternhäusern Startvorteile, diese haben sie allerdings auch heute. Nichtsdestotrotz ist eine renommierte Universität an Bestleistungen ihrer Studenten interessiert. Nur durch Bestleistungen durch begabte, junge Leute kann die Universität hohe Studiengebühren verlangen. Es wird sich ein eigener Markt zur Finanzierung des Studiums und der Studiengebühren entwickeln: über zinsgünstige Darlehen oder Kooperationen von Universitäten und Unternehmen ist vieles vorstellbar. Wissen stellt die wichtigste Ressource in modernen Volkswirtschaften dar, sodass es einen großen Andrang auf junge, neue Spezialisten geben wird. Unternehmen ist bewusst, dass sie nur durch Wissensvorteile signifikante Wettbewerbsvorteile im 21. Jahrhundert erlangen können. Diese Wettbewerbsvorteile würden sich einige Firmen durch die Ausgabe privater Stipendien sichern.

Eine privatisierte Hochschullandschaft wäre eine revolutionär neue Landschaft. Alt hergebrachte Muster, wie der übergreifende Frontalunterricht, würden von neuen innovativen Lösungskonzepten ersetzt werden. Inhalte und Methoden bestimmen nicht mehr Bürokraten der einzelnen Bundesländer, sondern jeder Student als Kunde. Nachfrageorientierte Universitäten sind Universitäten, die die Balance zwischen den Bedürfnissen der Studenten und den des Marktes austarieren. Es muss die Einsicht greifen, dass ein Gremium oder ein Einzelner nie so viele Informationen wie der gesamte Markt besitzen kann. Patentlösungen sind anmaßend und zerstören potentiellen Wohlstand. Nur jeder Einzelne kann wissen, was für ihn gut ist und was er braucht. Ein radikales Umdenken ist gefordert. Für dieses Umdenken sollten sich eine liberale Partei, eine liberale politische Jugend und eine liberale Hochschulgruppe einsetzen. Es ist unsere Aufgabe, den Wandel in der Gesellschaft anzustoßen. Beginnen wir am besten sofort!

Kevin Spur
 Liberale Hochschulgruppe Mannheim

Wahlkampf an der Uni Wuppertal – Juli 2012 –

Anfang Juli fanden die Neuwahlen zum Studierendenparlament an der Bergischen Universität Wuppertal statt. Der Wahlkampf sollte auch diesmal wieder sehr spannend werden. Obwohl die den AStA regierenden Listen RCDS und LHG sowie die kleineren Listen BTS (*Bund Türkischer Studierender*) und *Die PARTEI – deine LieblingsLISTE* im vergangenen Jahr das erste Mal seit etlichen Jahren einen nicht-linken AStA stellen konnten, stellte sich kurz vor der Wahlwoche heraus, dass die urlinke Liste – früher bekannt als LIRA (*Links- und Radikaldemokraten*), im vergangenen Jahr getarnt als *Die Unabhängigen* – dieses Mal nicht antreten würden. Somit blieb neben den Jusos – die ja in linken Kreisen nicht immer als links genug anerkannt werden – nur noch eine linke Liste übrig: INTAL (*Internationale antikapitalistische Linke*).

Auch wenn dies im ersten Moment wie eine äußerst günstige Ausgangslage wirken mag, zur Ausgangssituation gehörte auch, dass die regierenden Listen einen schweren Start haben würden – schließlich sind Teile des konservativen AStA durch das Einstellen ihrer Arbeit so negativ aufgefallen, dass die Finanzerin, Julia Buschhorn (LHG), die Notbremse ziehen müssen: Die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen wurden von ihr kurzer Hand eingefroren.¹

Mit dieser Situation ging die LHG in den Wahlkampf. Die Wuppertaler LHG konnte sich also einerseits zuschreiben, der Geldverschwendung im AStA Einhalt geboten zu haben, andererseits gehörte man jedoch auch zu den Regierungslisten. Keine einfache Lage. Doch insbesondere die LHG konnte auch mit der erfolgreichen Umsetzung einiger im vergangenen Jahr versprochener Projekte punkten.

So hatte die LHG bereits am Anfang der Amtszeit einen Logo-Wettbewerb ins Leben gerufen, der das alte AStA-Logo, bestehend aus einem Portrait von Friedrich Engels, durch ein von der Studierendenschaft vorgeschlagenes ersetzt hat: ein stilisierter bergischer Löwe.

Des Weiteren hat sich insbesondere Carsten A. Dahlmann in seiner Funktion als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dafür eingesetzt, dass eine neutrale, also nicht politisch gefärbte AStA-Zeitung ins Leben gerufen wurde. Während die alte AStA-Zeitung in ihrer Berichterstattung so linksbessenen war, dass man ein ganzes Jahr lang die Beitragsreihe „Pinkwärts Werk und Teufels Beitrag“ gepflegt hatte und innerhalb der Studierendenschaft zu Recht die Unkenrufe von „diesem linken AStA – die mit dem Engelslogo“ erklingen waren, ist die neue Zeitung nun für alle Studierenden gedacht. Politische gefärbte Beiträge sind nur erlaubt, wenn es eine Pro- und eine Contra-Seite gibt; außerdem soll vor dem Hintergrund des nicht allgemeinpolitischen Mandats auch nur Hochschulpolitisches thematisiert werden.

Das dritte und größte Projekt war das Vortreiben einer Unicard – also einem Studierendenausweis aus Plastik mit den integrierten Funktionen des NRW-Tickets und des Bibliotheksausweises. Dies soll das unbeliebte Ticket2Print ersetzen und den einlamierten Papierausweis gegen einen ersetzen, mit dem sich die Studierenden besser identifizieren können. Hier laufen die Verhandlungsgespräche noch, ist so ein Vorhaben doch schließlich mit viel Aufwand und Verhandlungsgeschick verbunden.

Mit all diese Themen konnte die Wuppertaler LHG also einen Kontinuitätswahlkampf fahren und den Wählerinnen und Wählern selbstbewusst berichten, welche Erfolge die Liberalen in der Wuppertaler Studierendvertretung hatten erreichen können.

Doch insbesondere die Wuppertaler Universität leidet als Pendler-Universität sehr unter einer schlechten Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung stieg in diesem Jahr (nur leicht) auf 7,0 %. Folglich galt es, jeden Wähler zu mobilisieren, ob er sich nun für die Hochschulpolitik interessiert oder nicht.

Aus diesem Grunde hat sich die LHG diesmal eine besondere Idee einfallen lassen. Eine raffinierte und selbstironische Comic-Kampagne war die Kernstrategie des LHG-Wahlkampfes 2012. Neben den beiden Kandidatenplakaten der Spitzenkandidaten Carsten A. Dahlmann und Julia Buschhorn bestand das dritte Plakat aus einem Comic: Ein für viele Studierende

¹ Vgl. hierzu auch ein Interview mit Julia Buschhorn von der Campuszeitung Blickfeld: <http://www.blickfeld-wuppertal.de/uni-personlichkeiten/blickfeld-im-gesprach-mit-julia-buschhorn>

wiedererkennbarer Carsten A. Dahlmann unterhält sich auf diesem mit seiner Kollegin über die Erfolge bei der Unicard. Wenn nun nichts mehr schief laufe, könne man diese vielleicht schon nächstes Jahr in den Händen halten, so der Comic-Dahlmann. Um die Ecke, nicht sichtbar für die beiden, wartet jedoch ein Friedrich Engels – mit erstaunlicher Ähnlichkeit zum alten, linken AStA-Logo – mit einer Keule, bereit zuzuschlagen und die Unicard noch im letzten Moment zu verhindern.

Neben diesem Comic wurde ein Flyer mit einer Auflage von 2.500 Stück gedruckt, der in Hörsälen, aber auch persönlich verteilt wurde und auf dem der jährliche Krieg ums Plakateabreiben thematisiert wird. Aber das sei der LHG egal, schließlich habe man dieses Jahr einen Online-Wahlkampf – so der als Comicfigur stilisierte Wuppertaler, der im letzten Bild heimlich die Spraydose herausholt, um die anderen Plakate zu beschmieren. Auf der Rückseite des Flyers verweist ein QR-Code auf die Webseite der LHG Wuppertal, auf der dann im Laufe des Wahlkampfes fünf Comics hochgeladen worden sind.

Und so konnten auch viele Studierende das online stehende Wahlprogramm lesen – denn die Wahlzeitung mit ihrer kleinen Auflage wird erfahrungsgemäß kaum gelesen. Und immerhin zeigt die Statistik der Seite auch fast 1.000 Besucher in der Wahlzeit, davon etwa 50 % neue und 50 % wiederkehrende User.

Doch zugegeben: Die vermeintliche Konzentration auf einen Online-Wahlkampf hat die Wuppertaler nicht davon abgehalten, dennoch gute 2.500 Plakate auf dem ganzen Campus zu ver-

teilen und abgerissene immer und immer wieder nachzukleben.

Und schließlich wurde auch – wie bereits letztes Jahr – eine zweitägige Waffelaktion durchgeführt, bei der die LHG kostenlose Waffeln verteilt und bei dieser Gelegenheit auch noch das A5-Wahlprogramm, gefaltet und in Farbe und somit das letzte und alles krönende Werbemittel, zu verteilen. Bei dieser Gelegenheit konnten die Wählerinnen und Wähler während der Wartezeit, die eine Waffel zum Backen nun mal benötigt, mit Informationen versorgt und gegebenenfalls direkt zur Wahlurne geschickt werden.

Nach zwei Wochen des anstrengenden Wahlkampfes konnte die kleine, aber dennoch stark aufgestellte Wuppertaler Truppe immerhin 8,9 % und somit 2 von den 21 StuPa-Sitzen holen. Die stärkste Gruppierung waren in diesem Jahr die Jusos mit stattlichen 29 % der Stimmen, während der RCDS auf 24 % abgerutscht ist. Somit wartet die LHG Wuppertal zurzeit auf den Beginn der Koalitionsverhandlungen, bei der sie jedoch auch für einen links-liberalen AStA offen wäre; denn nur mit einer Beteiligung am AStA kann die LHG dafür sorgen, dass ihre Projekte weitergeführt werden – im Sinne und zum Wohl der ganzen Studierendenschaft.

Die LHG hat in Wuppertal im vergangenen Amtsjahr viel Kompetenz bewiesen und ist daher zuversichtlich, auch im nächsten AStA wieder gebraucht zu werden. Wir werden davon berichten.

Carsten A. Dahlmann
Vorsitzender der LHG Wuppertal

Rückblick: Studentische Bologna-Konferenz

Nachdem von Ministerin Schavan (CDU) die jährliche Bologna-Konferenz ohne Begründung abgesagt wurde, übernahm der LHG die Initiative und veranstaltete am 08.11.2012 mit dem RCDS eine eigene Konferenz zum aktuellen Stand des Bologna-Prozesses.

Ergebnis war unter anderem, dass die Dauer von Bachelor-Studiengängen nicht starr auf sechs Semester festgeschrieben sein sollte. Wichtig war auch der Ausbau von Teilzeitstudiengängen und der Fokus auf lebenslanges Lernen.

Hinsichtlich Internationalität und angedachter Mobilität des Bologna-Prozesses würden europaweit einheitliche Semesterzeiten die Attraktivität von Auslandsemestern steigern. Wichtig ist besonders die Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen - diese muss gewährleistet sein. Anerkennung heißt jedoch auch ein Bewusstsein zu schaffen, dass nicht jede Hochschule nach dem gleichen Schema funktioniert.

Die erste Bologna-Konferenz von LHG und RCDS war ein Erfolg, nun gilt es die Ergebnisse konsequent zu kommunizieren - innerhalb und außerhalb der beiden Verbände. [Quelle: LHG BND]